

Editorial

Die anhaltenden Debatten über die Krise des Wohlfahrtsstaates, die vorgestellten Chancen und Risiken der Globalisierung, die appellative Einschwörung auf Flexibilität und Mobilität als zukunftsweisende Kardinaltugenden machen zumindest eines überdeutlich: Die bisherigen Vorstellungen von Normalität der industriewirtschaftlichen Erwerbs-, Privat- und Familienverhältnisse und die darin festgeschriebenen Ordnungsschemata und Orientierungen stehen heute radikal zur Disposition. Der Abschied von dem seit dem späten 19. Jahrhundert geschaffenen sozialpolitisch abgesicherten System der Normalarbeitsverhältnisse ist unüberhörbar eingeläutet. Obgleich davon in den öffentlichen Diskursen erstaunlich selten die Rede ist, wird dieser Abschied auch mit einer radikalen Neuformulierung der noch geltenden Geschlechterordnung einhergehen. Denn deren über die wohlfahrtsstaatliche Intervention erfolgte strukturelle Veränderung, die sich im 20. Jahrhundert als erstaunlich leistungs- und widerstandsfähig erwiesen hat, wird derzeit Zug um Zug und mit unterschiedlichen Zielsetzungen demontiert. Feministinnen haben seit den 1970er Jahren Veränderungen anvisiert, um für Frauen Chancengleichheit in Öffentlichkeit und Privatheit zu erkämpfen. Heute werden unter Berufung auf weltwirtschaftliche Zwänge und mit Argumenten der Wettbewerbsfähigkeit die wohlfahrtsstaatlichen Ordnungen mit radikaler Durchschlagskraft zerstört. Doch was im Zuge der Neugestaltung der Erwerbsverhältnisse und der sozialen Sicherungssysteme schließlich an Stelle der zerrümmerten alten Geschlechterordnung treten wird, ist eine derzeit beunruhigend offene Frage.

Mit dem Schwerpunkt „Normale Arbeitstage“ schließt *L'Homme*. Z. F. G. aus geschlechtergeschichtlicher Perspektive an die aktuellen Debatten um die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Auflösung der Normalarbeitsverhältnisse an. Die vier Aufsätze über Deutschland und die Schweiz sind hervorgegangen aus Referaten auf dem Deutschen Historikertag 1998 zur Sektion „Was ist ‚normal‘, was ist ‚besonders‘? Zur Geschlechtsspezifität von Regulierung und Deregulierung der Arbeitswelt im 19. und 20. Jahrhundert“. Tilla Siegel erörtert grundsätzlich, was mit der Normalität des Normalen und der Abkehr von Normalität impliziert ist. Regina Wecker untersucht die Durchsetzung des Nachtarbeitsverbots für Frauen in der Schweiz, Carola Sachse den Streit um den Hausarbeitstag in der DDR und Christine von Oertzen die Einbürgerung der Teilzeitarbeit als Normalarbeitsverhältnis für erwerbstätige Hausfrauen in der BRD. Diese drei Studien arbeiten an einem signifikanten Teilbereich heraus, in welcher Weise jeweils das für Männer als

Ernährer ihrer Familien gedachte Normalarbeitsverhältnis bearbeitet wurde, wenn flankierend dazu auf spezifisch andere Weise die außerhäusliche Erwerbsarbeit der stets als Hausfrauen und Mütter gedachten Frauen reguliert wurde. Der Aufsatz von Anne-Sofie Beau und Sylvie Schweitzer über die allmähliche Verallgemeinerung eines Konzepts der Normalarbeitszeit in Frankreich erweitert das Spektrum der untersuchten nationalen Kulturen und eröffnet eine interessante Diskussion über die Praxisrelevanz normierender Konzepte.

Insgesamt bietet der Schwerpunkt „Normale Arbeitstage“ eine solide Grundlage, um die feministische Diskussion über den Normalarbeitstag als gesellschaftliches Konstrukt und absichtsvoll hergestellte Wirklichkeit weiterzuführen. Mit der Setzung, was der ‚normale‘ Arbeitstag sei, und mit der Entscheidung, dass soziale Sicherungen nach seinem Maß vermessen werden sollen, ist im 20. Jahrhundert nicht nur die Ordnung des Arbeitens, sondern auch die Gesellschaftsordnung insgesamt als Ordnung der Geschlechter strukturiert und festgeschrieben worden. Dieses in den aktuellen Debatten um den globalen Umbruch immer wieder nachdrücklich zu betonen, ist wichtig, um den Debatten mehr feministische und historische Tiefenschärfe zu geben und diese in die derzeit zu bearbeitenden Zukunftsentwürfe einzuschreiben.

Auch der Beitrag von Brigitte Studer behandelt – außerhalb des engeren Heftthemas – grundlegende Strukturen der bürgerlichen Geschlechterordnung. Sie beleuchtet kritisch einen geschlechterblinden Schlüsselbegriff für das Verständnis der ‚Moderne‘, nämlich „Individualisierung“, und stellt diesem komplexen und widerspruchsvollen Vorgang den in Hinblick auf die Frauen der bürgerlichen Gesellschaft relevanteren Prozess der „Familiärisierung“ gegenüber. Familiärisierung begreift Studer als „Korrelat“ zur Individualisierung, als eine eigenständige Integrationsoption für das weibliche Geschlecht und einen spezifischen Modernisierungspfad für Frauen, den diese auch beschritten haben. Anhand zahlreicher Rechtsbeispiele vorwiegend aus der Schweiz analysiert sie den Prozess der Naturalisierung der Geschlechterdifferenz, welcher von den Versuchen, die außerfamiliären Tätigkeiten von Frauen zu delegitimieren, begleitet wurde.

Die Rubrik „Aktuelles und Kommentare“ bietet eine kritische Rückschau auf theoretische Konzepte der (Feministischen) Geschichtswissenschaft, die in den 90er Jahren die Forschungsdiskussion stark bestimmt haben. Auf der Tagung „Blickwechsel: Frauen- und Geschlechtergeschichte: Bilanzen und Perspektiven“, die aus Anlass des 60. Geburtstages von Heide Wunder im September 1999 stattfand, haben Gadi Algazi, Ute Daniel und Ulrike Strasser drei Diskussionsbeiträge zu den Begriffen „Kultur“ und „Erfahrung“ sowie zur „Linguistischen Wende“ präsentiert. Gadi Algazi formuliert, ausgehend von einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Kulturbegriff von Clifford Geertz, eine Sichtweise von Kultur, die durch die Bereitstellung von Repertoires für die Optionen der Handelnden bestimmt wird. Ute Daniel setzt sich mit dem Erfahrungsbegriff Joan Scotts und dessen theoretischen Schwachstellen auseinander und folgert, dass Erfahrung für die Ge-

schichtwissenschaft nicht zu verwerfen sei – im Gegenteil. Ulrike Strasser geht auf die Kontroversen um die Postmoderne ein und sieht es als Stärke der Feministischen Geschichtswissenschaft, konkrete historische Frauen und die Komplexität sozialer Wirklichkeit darstellen zu können.

Zwei aktuelle Beiträge dieses Heftes beziehen sich auf die politische Lage in Österreich: Zunächst Edith Saurers Rede, gehalten im Rahmen der großen Demonstration vom 19. Februar 2000 gegen die Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen Partei Österreichs, an der allein in Wien mehr als 250.000 Menschen teilnahmen. Sie verweist auf die Bedeutung politischer Sprache für die Kultur eines Landes, auf die berühmten „Haider-Sager“, die vor dem Hintergrund der österreichischen Vergangenheit ihre spezifische Bedeutung erhalten. Im folgenden Beitrag reflektiert Maria Mesner die Ergebnisse einer 1999 erschienenen, ideologiekritischen Studie von Maria Rösslhumer über „Die FPÖ und die Frauen“. Die Analyse der Interviews mit Spitzenfunktionärinnen dieser Partei, die Rösslhumer in den Kontext der Parteigeschichte und der frauenpolitischen Ziele und Werte der FPÖ stellt, liest sich streckenweise wie eine Vorschau auf das, was nun in Österreich geschieht: Das von allen 14 befragten Politikerinnen abgelehnte, eigenständige Frauenministerium wurde sofort abgeschafft, der Rückschritt zu einer konservativen Geschlechterpolitik, die Frauen vor allem wieder dazu motivieren soll, sich ihrer traditionellen Mutter- und Familienrolle zu besinnen, wird in Ansätzen bereits vollzogen. Diese Entwicklung bedeutet auch für die Feministische Geschichtswissenschaft, deren Projekte und Einrichtungen eine massive Bedrohung. Angesichts dessen scheint es uns umso notwendiger, daß *L'Homme. Z. F. G.* auch in diesem Heft auf die internationale Orientierung und Vernetzung der Frauen- und Geschlechtergeschichte verweisen kann.

Dieses Heft ist auch einem besonderen Anlass gewidmet. Unsere Zeitschrift wurde vor zehn Jahren gegründet. Wir haben deshalb zu einer Diskussion und Bilanzierung eingeladen. Unter der Rubrik „Zehn Jahre *L'Homme. Z. F. G.* – Revisited“ räsonnieren 14 Beiräte und Beirätinnen, Leserinnen und Leser aus Deutschland, Italien, Kroatien, Österreich, der Schweiz, der Tschechischen Republik und der Türkei über die Entstehungsbedingungen, über die Zeitschriften-situationen und die Positionierung der *Women's and Gender History* in ihren Ländern. Sie erinnern sich an die hitzig geführten Debatten um den Titel *L'Homme. Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft*, dessen Ironie und umfassender Anspruch skeptisch kommentiert wurde, und an manche Irritationen, die durch den Entstehungsraum – Österreich – dieser ersten Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft in deutschsprachigen Ländern, hervorgerufen wurden; sie stellen Fragen nach der Beziehung von Frauenbewegung und universitärer Institutionalisierung und erwähnen Themenhefte und Beiträge, die für die eigene Wissenschaftsbiografie bedeutsam wurden. Die Kommentare verweisen auch auf Defizite, uneingelöste Ansprüche und die Notwendigkeit der Formulierung neuer Perspektiven, die mit dem Projekt einer gegenwartsrelevanten und

emanzipatorischen Geschichtswissenschaft in Einklang zu bringen wären. Wir verstehen Kritik und Lob als Herausforderung und danken – auch im Namen aller Herausgeberinnen.

Christa Hämmerle, Karin Hausen und Edith Saurer